Infobrief Nr. 06/2018 vom 12.02.2018, 17. Jahrgang

Aus dem Europäischen Parlament

Reform des EU-Emissionshandelssystems

„Die Faulenzer im Geschäft werden bestraft“

Das EU-Parlament und die Mitgliedstaaten haben eine Einigung zur Reform des Emissionshandels erzielt. Vergangene Woche haben wir das Gesetz im Plenum verabschiedet.

Die Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten und den anderen Fraktionen im Europäischen Parlament verliefen ziemlich zäh. Mein Kollege Ivo Belet (aus Belgien) und die Vorsitzende unseres Umweltausschusses, Adina Vălean (Rumänien), mussten sich ziemlich ins Zeug legen, um die Position der Christdemokraten durchzusetzen. Aber sie haben es tatsächlich geschafft, die wichtigste Forderungen der CDU/CSU-Gruppe im EU-Parlament durchzubringen: Die Anzahl der kostenlosen Verschmutzungsrechte für Industrien, die im internationalen Wettbewerb stehen, wird erhöht! Am Anfang des Verhandlungsprozesses hatten dies nämlich sowohl die Mitgliedstaaten als auch die anderen Fraktionen im Parlament und auch die EU-Kommission rigoros abgelehnt.

Das Gesetz, das jetzt noch formal vom Ministerrat (also den zuständigen Ministern der Mitgliedstaaten) unterschrieben werden muss, sieht vor, dass bis zu drei Milliarden Emissionsrechte vom Markt genommen werden und später die Anzahl der Zertifikate jährlich um 2,2 Prozent gesenkt wird. Energieintensive Industriebetriebe (wie etwa Stahl- oder Zementwerke) sollen bis zur Hälfte ihrer Emissionsrechte kostenlos zugeteilt bekommen, wenn sie auf dem neuesten Stand der Technik produzieren. Das ist vor allem für den Industriestandort Deutschland wichtig, damit große Unternehmen nicht in Drittländer abwandern (wo es zudem meist schlechtere oder gar keine CO2-Standards gibt).

Das Emissionshandelssystem gibt es seit 2005. Wir haben es damals eingeführt, um die europäischen energieintensiven Industrien dazu zu bewegen, in klimafreundliche Technik zu investieren. Die betroffenen Unternehmen (ungefähr 12.000) müssen für jede ausgestoßene Tonne CO2 ein Zertifikat kaufen, das sie zum Ausstoß dieses umweltschädlichen Gases berechtigt.

Die Mitgliedstaaten haben aber die kostenlosen Zertifikate (deren Anzahl begrenzt ist) sehr großzügig verteilt, auch an Unternehmen, die nicht auf dem aktuellsten Stand der Technik waren. Das hat die Preise der Zertifikate an der Emissionshandelsbörse in den Keller getrieben. Durch das Überangebot haben sich Investitionen in klimafreundliche Technologien kaum gelohnt.

Das soll sich mit dem neuen Gesetz nun ändern: Unsere Analysten gehen davon aus, dass dank der Reform des EU-Emissionshandelssystems die Preise rapide steigen werden. Wir rechnen im Jahr 2023/24 sogar mit über 30 Euro pro Zertifikat. Zum Vergleich: Derzeit liegen sie bei etwa fünf Euro. Investitionen werden sich also wirklich bezahlt machen und die „Faulenzer“ im Geschäft werden bestraft.

Flugblätter zum Koalitionsvertrag: Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat zu den Inhalten des Koalitionsvertrages verschiedene Themen-Flugblätter erstellt, unter anderem „Neuer Aufbruch für Europa“, „Dynamik für Deutschland“, „Neuer Zusammenhalt für unser Land“, „Für innere Sicherheit und Ordnung“ oder „Zuwanderung ordnen, Integration fördern und fordern“. Die Flugblätter können hier abgerufen werden: *http://bit.ly/2EsXr5S*

Entschließung zur unverzüglichen Abschaffung der Zeitumstellung (nicht der Sommerzeit!) abgelehnt

„Schade, das Ziel war so nah, aber ich werde nicht aufgeben!“

Der Vorschlag, die Zeitumstellung so schnell wie möglich abzuschaffen, hat sich im Plenum des EU-Parlaments leider nicht durchgesetzt.

Dafür gab es andere Forderungen. Die Mehrheit meiner Kolleginnen und Kollegen hat die EU-Kommission aufgefordert, die Vor- und Nachteile der Zeitumstellung auf Basis neuer Gutachten und Studien noch einmal gründlich zu untersuchen und gegebenenfalls erst danach eine Änderung der Sommerzeit-Richtlinie vorzuschlagen.
Das ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung. Aber wir haben dadurch viel Zeit verloren und es kostet zusätzlich Steuerzahlers Geld. Schade, das Ziel war so nah! Doch ich werde nicht aufgeben! Ich will, dass es den 20 Prozent der EU-Bevölkerung, die stark unter der Zeitumstellung leidet, besser geht. Auswirkungen hat die Umstellung nicht nur auf Bürger, die mit Schlafstörungen und Krankheiten zu kämpfen haben, sondern auch auf die Landwirte in der Tierproduktion, die Unternehmer, die hohe Umstellungskosten haben, oder die Menschen, die wegen Müdigkeit in einen Verkehrsunfall verwickelt werden. Den anderen 80 Prozent der EU-Bevölkerung, denen die Zeitumstellung nichts anhat, wird es ohne die Uhrzeiger-Dreherei mit Sicherheit nicht schlechter gehen! Argumente, wonach die Zeitumstellung uns die Möglichkeit gibt, abends länger draußen Freizeitaktivitäten nachzugehen oder dass mehr Leute nach der Arbeit einkaufen gehen und deshalb das Konsumverhalten gesteigert wird, kann ich einfach nicht nachvollziehen. Sie stehen in keinem Verhältnis zur Gesundheitsbeeinträchtigung vieler Menschen!
Über den alljährlichen Ärger nach dem Drehen am Rad – Verzeihung, am Uhrzeiger, muss es heißen – werde ich in meinem nächsten Infobrief noch ausführlicher berichten.

Meine Rede im Plenum des EU-Parlaments können Sie hier nachhören.

Könnte oder sollte Berlin von Brüssel lernen?

„Parlamentarische Demokratie mal anders gedacht“

Es ist vollbracht, so heißt es! Doch ist es wirklich vollbracht? Und wenn ja, was? *Hier* können Sie sich selbst ein Bild vom Ergebnis der Koalitionsverhandlungen machen. Ich finde, es ist zumindest sehr gut aufbereitet!

Wenn ich den Medien, welche die Aussagen derer widerspiegeln, die am Verhandlungstisch saßen, glauben darf, dann frage ich mich: Wo hat sich die CDU eigentlich „durchgesetzt“? Trägt der Vertrag wirklich vor allem die Handschrift der SPD sowie der CSU?
Bestimmen die mit den wenigsten Wählerstimmen nun doch die Richtung? Na wenigstens gibt es keine Koalition aus FDP, Grünen, AfD und Linke. Obwohl – sie hätten doch mal zeigen können, was in ihnen steckt! Aber Scherz beiseite, das Thema ist zu ernst. Suchen Sie doch mal in dem Papier nach den Themen, die für die CDU stehen! Trauen wir uns nicht, diese zu nennen, weil wir die Befragung der SPD-Parteibasis fürchten, oder verschweigen die Medien unsere Erfolge? Oder ist da nicht wirklich was? So sieht es jedenfalls die CDU: *http://bit.ly/2nSrtqh*
Und dann das Personalkarussell: Schon interessant, wie das in Berlin läuft. Bei uns in Brüssel spricht man nicht von Ministern, sondern von Kommissaren. Trotz der Unterschiede in den Kompetenzen liegen die Begriffe aber auf einer Linie. Alle Bewerber um ein Amt als Kommissar müssen sich einer fachlichen und menschlichen „Eignungsprüfung“ vor dem Europäischen Parlament unterziehen. Jeder wird einen halben Tag (!) auf „Herz und Nieren“ geprüft und bewertet. Am Ende entscheidet das Parlament darüber, ob jemand Minister – nein, Verzeihung: Kommissar – wird oder eben nicht.
Wie wäre es, wenn die Kanzlerin ein Vorschlagsrecht hat, aber dann der Bundestag ohne Fraktionszwang, also in freier, geheimer Wahl die endgültige Entscheidung treffen würde? Parlamentarische Demokratie mal anders gedacht! Wenigstens hier sollte Berlin von Brüssel lernen. Die Welt schaut auf uns!

Geoblocking im Online-Handel wird abgeschafft

Künftig länderübergreifender Anspruch auf Gleichbehandlung

Stellen Sie sich vor, Sie gehen in einen polnischen Supermarkt einkaufen. Die Kassiererin bittet um Ihren Ausweis und sagt: „Aha, Sie sind Deutscher. Dann kostet es zehn Prozent mehr." Unmöglich, diese Situation, nicht wahr?

Schließlich haben wir schon lange einen gemeinsamen Binnenmarkt, der solche Diskriminierungen nicht zulässt. Beim Online-Handel in Europa, also wenn Sie Waren oder Dienstleistungen übers Internet in einem anderen EU-Land kaufen, ist diese ungerechtfertigte Praxis aber gang und gäbe. Ob technische Geräte, Hotelübernachtungen oder Eintrittskarten zu einem Rock-Konzert: Die Liste der Beschwerden von Bürgern, die sich aufgrund ihrer Nationalität, ihres Wohnortes oder der „Staatsangehörigkeit" ihrer Kreditkarte mit höheren Preisen konfrontiert sehen, ist lang.
Das berühmteste Beispiel ist wohl „Disneyland" in Paris. Der Freizeitpark hat potenzielle Ticketkäufer jahrelang über das sogenannte Tracking zu unterschiedlichen Preisen geführt, was lange Zeit niemandem aufgefallen ist. Beim Tracking erkennt der Server, in welchem Land der Computer oder das Tablet steht und leitet die Internet-Besucher automatisch zur Seite in ihrer Sprache. Das ist ja alles gut und schön, wenn auf dieser Seite aber höhere Preise ausgezeichnet sind und der Besucher auch nicht die Möglichkeit erhält, auf der „echten", also der nationalen Seite einzukaufen, dann ist das ein klarer Verstoß gegen europäisches Recht.
Um dieser unfairen Praxis nun ein für alle Mal einen Riegel vorzuschieben, haben wir im EU-Parlament vergangene Woche eine europäische Verordnung gegen das sogenannte Geoblocking verabschiedet. Kunden haben damit künftig länderübergreifend einen Anspruch, Produkte zu identischen Konditionen zu kaufen. Digitale urheberrechtlich geschützte Inhalte wie E-Books, Musik, Online-Spiele oder audiovisuelle Dienstleistungen fallen aber vorerst nicht unter die neuen Regeln. Die Geoblocking-Verordnung muss noch formell von den Mitgliedstaaten gebilligt werden und tritt dann voraussichtlich Ende 2018 in Kraft.

SME-Circle: Jahresempfang mit Günther Oettinger
Neben einigen anderen Kolleginnen und Kollegen habe ich es mir zur Aufgabe gemacht, bei aller Gesetzgebung die besonderen Belange von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) im Auge zu behalten. Dies tue ich auch im Rahmen der nur bei der EVP-Fraktion (CDU/CSU und andere Parteien der EU-Mitgliedsländer) bestehenden Arbeitsgruppe für KMU (der sogenannte „SME-Circle"). Letzte Woche fand unser Jahresempfang statt, auf dem auch EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger sprach. Als Mitglied des Thüringer CDU-Landesfachausschusses für KMU will ich für faire, unbürokratische Entscheidungen sorgen!

Müdigkeit wirkt ähnlich wie Alkohol auf das Autofahren: Da helfen auch Fahrerassistenzsysteme nur wenig! Deswegen meine Bitte an Sie: Nutzen Sie nach den „närrischen" Veranstaltungen öffentliche Verkehrsmittel oder nehmen Sie ein Taxi, auch wenn Sie keinen Alkohol getrunken haben! Denn einige Stunden ohne Schlaf wirken ähnlich wie Alkohol. Studien zeigen: 17 Stunden ohne Schlaf beeinträchtigen das Reaktionsvermögen vergleichbar mit 0,5 Promille Alkohol im Blut, 22 Stunden mit Schlafmangel wirken auf die Reaktionsfähigkeit schon wie 1,0 Promille Blutalkohol. Wer dann kurz einnickt, legt in zwei Sekunden bei einer Geschwindigkeit von 50 km/h über 30 Meter im Blindflug zurück. In dieser kurzen Zeit können schnell ein Verkehrsunfall verursacht und Menschenleben gefährdet werden.

Tag des europaweiten Notrufs (11.2.)

112-jährige Thüringerin ist Ehren-Schirmherrin des Euronotrufs

Liebe Leserinnen und Leser, Sie alle wissen, wie sehr ich mich für die einheitliche, europaweite Notrufnummer 112 eingesetzt habe – und es noch immer tue. Deshalb freue ich mich umso mehr, dass ich Unterstützung von Edelgard Huber von Gersdorff bekommen habe!

Sie ist eine ganz besondere Thüringerin: Mit ihren 112 Jahren ist sie die älteste Deutsche und wohl die bisher älteste Dame, die sich für Europa und den Euronotruf einsetzt. Sie wurde vergangene Woche von der Aktion „Ein Europa – eine Nummer: 112", die gemeinsam vom EU-weiten Europe Direct Informationsnetzwerk und dem Europa Zentrum Baden-Württemberg getragen wird, zur Ehren-Schirmherrin gekürt. Werbewirksamer hätte diese Aktion wohl nicht sein können!
Frau Huber von Gersdorff wurde am 7. Dezember 1905 in Gera geboren. Sie hat miterlebt, wie Europa sich von einem Kontinent der Kriege und Zerstörung zu einer Gemeinschaft des Helfens entwickelt hat. „Die 112 ist das Zeichen für Hilfe und ein wichtiges Symbol für die europäische Einigung", sagt die studierte Juristin, die die europäische Politik aktiv verfolgt. Es ist ihr deshalb ein Herzensanliegen, die Aktion „Ein Europa – eine Nummer: 112" über die Brücke der gemeinsamen Zahl 112 zu unterstützen. Sie betont: „Wir alle sind auf Verständigung und Hilfe angewiesen – ob zwischen Ländern und Regionen, ob im Alter oder im Notfall."

Foto: Europe Direct

Edelgard Huber von Gersdorff ist trotz ihrer Erkrankung an Kinderlähmung im Alter von 22 Jahren zeitlebens in Europa gereist und hofft, dieses Jahr noch einmal nach Straßburg reisen zu können. Ich hoffe natürlich, dass ich sie dann im Europäischen Parlament begrüßen darf!

! Der automatische Notruf „eCall" im Pkw
Die Notrufnummer 112 und der automatische Notruf „eCall" in Fahrzeugen gehören für mich zusammen. Sie sind wie zwei Seiten einer Medaille! Ich habe es geschafft: „eCall" gehört noch in diesem Jahr zur Serienausstattung bei neuen Pkw. Nun will ich, dass dieses Assistenzsystem schnell auch zur Serienausstattung bei Motorrädern, Bussen und Lkw wird. Es rettet tatsächlich Leben!

Stadtentwicklung und Klimaschutz

Attraktives EU-Förderprogramm für Kommunen ab 50.000 Einwohnern

Kreative Projektideen zur nachhaltigen Stadtentwicklung werden von der EU besonders gefördert.

Dafür stehen in der dritten Ausschreibungsrunde der Initiative „Urban Innovative Actions" bis zu 100 Millionen Euro für Klimaschutzmaßnahmen in folgenden Bereichen zur Verfügung: Anpassung an den Klimawandel, Luftqualität, Wohnen, Arbeitsplätze und Kompetenzen in der lokalen Wirtschaft. Pro Projekt können bis zu fünf Millionen Euro Co-Finanzierung aus dem Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) gewährt werden. Der Durchführungszeitraum geförderter Projekte darf höchstens drei Jahre betragen. Antragsberechtigt sind Kommunen mit mindestens 50.000 Einwohnern. Die Kommission wird in den Mitgliedstaaten auf nationaler Ebene Seminare und Webinars durchführen, die den Antragstellern dabei helfen sollen, fundierte Vorschläge für innovative Projektideen einzureichen. Die Bewerbungsfrist endet am 30. März. Den Leitfaden mit den Ausschreibungsrichtlinien finden Sie hier: *http://bit.ly/2hCwgKx*

Service und Termine

★ Wettbewerb „Ausgezeichnete Orte“

Die Initiative „Deutschland – Land der Ideen“ und die Deutsche Bank prämieren Ideen und Projekte aus Deutschland, die Lebenswelten miteinander verbinden, die quer denken und Bekanntes auf den Prüfstand stellen, die dem Gemeinwohl dienen, ohne die Innovationskraft des Einzelnen zu vernachlässigen, und die über Deutschland hinaus auch Signalwirkung entfalten können. Noch bis 20. Februar können Sie Projekte zum Thema „Welten verbinden – Zusammenhalt stärken. 100 Innovationen für Deutschland“ einreichen. Weitere Informationen unter: *http://bit.ly/2riRwLk*

★ Fortbildung: Internationale Jugendbegegnungen

Die Bildungsstätten HochDrei e.V. und die Internationale Bildungsstätte Mikuszewo bieten vom 17. bis 22. Februar in Potsdam eine TeamerInnen-Ausbildung für deutsch-polnische und internationale Jugendbegegnungen an. Die Fortbildung besteht aus zwei Teilseminaren, die in beliebiger Reihenfolge besucht werden können. Das folgende Teil-Seminar findet im Juli / August in Mikuszewo (Polen) statt. Sprachkenntnisse sind nicht erforderlich, die Seminareinheiten werden simultan übersetzt. Infos unter: *http://bit.ly/2EvekKZ*

★ STARTS Prize 2018

Die EU-Kommission hat den STARTS Prize 2018 ausgeschrieben. Hinter dem Akronym für „Science, Technology and the Arts“ verbirgt sich eine Initiative, in deren Rahmen zwei Preise mit jeweils 20.000 Euro für zukunftsweisende Errungenschaften, Kooperationen und Ideen an der Schnittstelle von Kunst, Technologie und Wissenschaft vergeben werden. Kulturschaffende oder beteiligte Forscher/innen sowie Firmen aus aller Welt können Projekte einreichen, die Kooperationen zwischen Technologie und den Künsten fokussieren. Gesucht werden auch künstlerische Arbeiten, die mit Innovationen aus dem Bereich Technologie und Business stark verknüpft sind sowie verschiedene Arten der technologischen und wissenschaftlichen Forschung, die von Kunst inspiriert wurden. Einreichungen sind bis zum 2. März möglich. Weitere Informationen unter: *http://bit.ly/2Bhscc2*

★ Workshops zu „Mobilität – Wissen – Gemeinschaft“

Das Forum Transregionale Studien und die Max Weber Stiftung – Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland (MWS) laden Wissenschaftler/innen ein, innovative Forschungsfragen und Projektideen zum Themenfeld „Mobilität - Wissen - Gemeinschaft“ unter transregionaler Perspektive im Rahmen von internationalen Workshops auszutesten und weiterzuentwickeln. Bewerbungen sind bis 9. März möglich. Weitere Informationen unter: *http://bit.ly/2nKWDjm*

★ Lorenzo-Natali-Medienpreis 2018

Die EU-Kommission hat den den Lorenzo-Natali-Medienpreis 2018 ausgeschrieben. Mit dem Preis werden Journalisten und Journalistinnen ausgezeichnet, die herausragend über Themen wie den Kampf gegen die Armut und die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekte der nachhaltigen Entwicklung berichten. Die Bewerbungen können bis zum 9. März in den Kategorien Internet, Print und audiovisuelle Medien eingereicht werden. Mehr Infos unter: *https://ec.europa.eu/germany/news/20180205-Lorenzo-Natali-Preis_de*

★ eTwinning-Seminar „Special Needs Education“

Lehrkräfte aller Schulformen und Fächer, die Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förderbedarf unterrichten, haben vom 26. bis 28. April 2018 in Bratislava (Slowakei) die Gelegenheit, sich auszutauschen und gemeinsame Projekte zu entwickeln. Anmeldeschluss ist der 28. Februar. Weitere Informationen unter: *http://bit.ly/2BPXRT9*

Für Sie in Europa

evp - fraktion im europäischen parlament

Impressum

Dr. Dieter-L. Koch, MdEP
Europabüro
Frauenplan 8
99423 Weimar

Tel. 03643 50 10 07
Fax 03643 50 10 71
www.europaabgeordneter.eu
info@europaabgeordneter.eu
www.facebook.com/europaabgeordneter

CDU